

Verantwortung und Anzeigenpreis
finden in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch

4. Februar 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Der Magdeburger Richter.

Beleidigungsprozeß gegen einen Landgerichtsdirektor.

Als erstes gerichtliches Nachspiel der an dem Magdeburger Urteil zahlreich geübten Kritik begann heute vormittag vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte in Moabit der Prozeß gegen den Berliner Landgerichtsdirektor Wilhelm Kroner wegen Beleidigung der im Magdeburger Reichspräsidentenprozeß tätigen Richter, den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Bewersdorff und des Beisitzers Landgerichtsrat Schulze. In Anbetracht des zu dieser Verhandlung zu erwartenden starken Andrangs war für die Sitzung der keine Schöffengerichtssaal im alten Kriminalgerichtsgebäude zur Verfügung gestellt worden. Tatsächlich war der Andrang heute früh ungewöhnlich groß. Auf den Zuhörerbänken sah man fast alle dienstfreien Landgerichtsdirektoren und Staatsanwälte der drei Landgerichte, sowie zahlreiche sonstige Richter und Mitglieder der Staatsanwaltschaft. Amtsgerichtspräsident Lieber war persönlich erschienen, ferner ein Vertreter des Kammergerichtspräsidenten. Neben dem Angeklagten Landgerichtsdirektor Kroner, der jetzt Vorsitzender einer Zivilkammer ist, während er früher die Jugendstrafkammer leitete, hatten seine Anwälte, Rechtsanwalt Landsberg, N. d. R., und Rechtsanwalt Dr. Roth Platz genommen, auf der Gegenseite sah man Landgerichtsdirektor Bewersdorff und Landgerichtsrat Schulze aus Magdeburg mit ihren Rechtsbeiständen. Auf dem Platz des Anklagevertreters sah man den Generalsstaatsanwalt Lindow per. Die Anklage gegen Kroner stützt sich bekanntlich auf dessen am 24. Dezember vorigen Jahres unmittelbar im Anschluß an den Magdeburger Prozeß in der „Vossischen Zeitung“ erschienenen Artikel „Die Urteilsgründe“. In diesem Artikel unterzog Landgerichtsdirektor Kroner das Magdeburger Urteil einer sehr scharfen Kritik und betonte u. a., „das ist, es muß gesagt werden, eine jämmerliche, schamlose, feige, verächtliche Konklusion gegenüber dem Träger der Würde Deutschlands“. Weiter wird in dem Artikel im Hinblick auf einzelne Handlungen des früheren Abgeordneten Ebert von einer Auseinandersetzung der Tatsachen aus dem Zusammenhang gesprochen und dabei die Ausdrücke „willkürlich, perfid, sinnlos und lässlich“ gebraucht. Weiter meinte Kroner, daß die Richter des Freistaates, die es unternommen hätten, die Obrigkeit des Staates rücklings zu insamieren, sich selbst infamierten. Und schließlich nannte er den Magdeburger Prozeß eine „Prozedur, die mit ihrem traurigen Mut zur Ueberraschung jeden Respekt vernichtet habe“.

Um 9 1/2 Uhr eröffnete Amtsgerichtsrat Ahlsdorff die Sitzung. Nach vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung hat der Verteidiger Kroners, Rechtsanwalt Landsberg, um das Wort zu einem Antrag, den der Vorsitzende, wie der Anwalt betonte, schon vorher abgelehnt habe, den die Verteidigung aber erneut stellen müsse. Der Antrag lautete auf

Vertagung der Verhandlung gegen Kroner bis nach Abschluß des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz.

Landgerichtsdirektor Kroner, so erklärte Landsberg, demt nicht daran, sich dem Urteil zu entziehen. Als er seinen Artikel schrieb, wußte er, was ihm bevorstand. Diese Tatsache schließt aus, daß wir mit unserem Antrag Verschleppungsabsichten verfolgen. Aber unserer Ansicht nach kann das Gericht eine sachgemäße Entscheidung nur dann fällen, wenn ihm die Akten des Prozesses gegen Kroner und das Urteil der ersten Instanz vorliegen. Kroner hat in seinem Artikel scharfe Ausdrücke gebraucht. Was geschieht aber nun wenn in der zweiten Instanz, wie ich hoffe, mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht wird, daß

das Urteil der ersten Instanz juristisch verfehlt und unlogisch war und daß es ungeheuren Schaden angerichtet hat?

Ist das der Fall, dann wäre das für die Abhandlung der Beleidigungen Kroners von größter Bedeutung, und deshalb stellen wir den Antrag auf Vertagung bis zum Abschluß des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz, der bereits am 17. Februar beginnt und noch vor Ende des Monats beendet sein dürfte.

Generalsstaatsanwalt Lindow erklärte hierzu, daß das Gericht über diesen Antrag erst dann entscheiden könne, wenn vorher formell in die Verhandlung eingetreten sei. Er beharrte auf diesem Standpunkt auch trotz mehrmaliger Bitten des Rechtsanwalts Landsberg, doch unverzüglich in die Beratung des Antrags einzutreten, da die Verteidigung gegebenenfalls noch einen Eoventua Antrag stellen wolle, den sie sich gerne ersparen würde. Als der Generalsstaatsanwalt von seinem Standpunkt nicht abging, stellte dann Rechtsanwalt Landsberg diesen weiteren Antrag, der sich nunmehr gegen den Vorsitzenden richtete, den die Verteidigung wegen Beforgnis der Befangenheit ablehnen

müsse. Der Verteidiger begründete diesen Antrag mit dem Hinweis, daß der Angeklagte von dem Vorsitzenden aus bestimmtem Anlaß heraus keine unparteiliche Beurteilung erwarten könne. Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Ahlsdorff habe nach Befundungen von glaubhafter Seite Äußerungen getan, die den Anschein erweckten, daß er

bereits vor der eigentlichen Verhandlung mit seinem Urteil festlag gewesen sei. So habe er einem Herrn gegenüber erklärt: An der Beurteilung Kroners ist nicht zu zweifeln, das Magdeburger Urteil liegt vor und der gute Glaube der Richter kann nicht bestritten werden“. Im gleichen Zusammenhang habe Ahlsdorff eine Strafe von drei bis sechs Monaten Gefängnis für Kroner als eine angemessene Sühne bezeichnet, einem anderen Herrn gegenüber habe er von drei Monaten Gefängnis unter vernünftiger Zuhilfenahme von Bewährungsfrist gesprochen. Wenn das richtig ist, so erklärte Dr. Landsberg, dann muß dem Ablehnungsantrag der Verteidigung gegen den Herrn Vorsitzenden stattgegeben werden.

Hierauf wurde die Verhandlung zunächst auf ungefähr eine Stunde vertagt, da die Entscheidung über diesen Ablehnungsantrag wegen Befangenheit der Strafkammer erst zu fassen ist.

Die Strafkammer lehnt den Antrag ab.

Hierauf trat sofort die erste Strafkammer zusammen, die nach einer fast zweistündigen Verhandlung und Beratung zu dem Ergebnis kam, daß dem Antrage des Angeklagten, den Vorsitzenden

wegen Befangenheit abzulehnen, nicht stattgegeben werden könne, da die Befürchtungen des Beklagten unbegründet seien.

Hierauf wurde gegen 12 Uhr die Verhandlung wieder eröffnet und der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Ahlsdorff teilte den Bescheid der Strafkammer mit. Rechtsanwalt Dr. Landsberg wies darauf hin, daß in der Begründung der Strafkammer bezüglich des Ablehnungsantrages es heiße, es sei nicht ungewöhnlich, daß ein Richter in einer die Öffentlichkeit interessierenden Angelegenheit sich mit anderen Richtern über diesen Fall unterhalte. Die Verteidigung habe eine solche Unterhaltung zwischen dem Vorsitzenden und einem anderen Richter nicht im Auge gehabt.

Dann wurde die Verhandlung formell eröffnet und der Beklagte, Landgerichtsrat Kroner, äußerte sich zur Sache:

Kroners Vernehmung.

„Von einigen Kritikern ist mein Aufsatz in der „Vossischen Zeitung“ lediglich als eine Schimpfkanonade gegen das Magdeburger Urteil bezeichnet worden. So liegen die Dinge jedoch nicht. Ich habe mich zunächst juristisch sehr ausführlich mit dem Vorjahrsbericht beim Landeserrat befaßt und habe dann erst das Urteil kritisiert. Ich erkläre zunächst, daß ich auch heute zu allen meinen Äußerungen stehe.“

Darauf wurde vom Gericht der inkriminierte Artikel vorlesen, der in Nr. 610 der „Vossischen Zeitung“ vom 24. Dezember vorigen Jahres erschienen ist.

Dr. Kroner äußerte sich hierauf zu den einzelnen inkriminierten Äußerungen seines Artikels. Was den Vorwurf einer jämmerlichen und schamlosen Konklusion betreffe, so habe das Urteil von Magdeburg den ersten Beamten des Reiches aufschwerste beleidigt durch die sogenannte tatsächliche Feststellung, daß er juristischen Landesverrat begangen habe. „Bestände dieses Urteils zu Recht“, so erklärte Landgerichtsdirektor Kroner, so

muß jeden ehrlichen Deutschen das Gefühl brennender Scham, Trauer und Empörung überkommen, wenn es möglich sein soll, daß zwei deutsche Parlamente mit erdrückender Mehrheit einen Mann an die Spitze des Reiches bringen, dem mit Recht das schimpflichste Verbrechen, das ein Deutscher als solcher begehen kann, vorgeworfen werden kann.

Nach meiner Auffassung besteht über dieses Urteil von Magdeburg nicht zu Recht. Das Magdeburger Gericht hat sich dadurch, daß es dem ersten Beamten des Reiches

diesem Mafel in stolzer Weise ausgehört hat, über das Gefühl der Scham hinweggesetzt, also schamlos gehandelt. Wenn ich in diesem Zusammenhang ferner von „feige“ und „verächtlich“ gesprochen habe so erinnere ich daran, daß in allen Staat sich wohl kein Gericht gefunden hätte, den damaligen Träger der Würde des Landesverrats zu beschuldigen, weil hinter ihm eine reale Macht stand. Jeder Richter hätte sich sofort sagen müssen: am nächsten Tage bis du suspendiert und wirst mit Schimpf und Schande abgehen. Heute aber, wo hinter dem Träger der Würde Deutschlands keine reale Macht, sondern nur die moralische Macht einer großen Verhältnismäßigkeit steht, da ist mit einemmal der Mut vorhanden. Da sagt man mit einemmal: Deine Absicht interessiert uns nicht, dein Vorjahr war Landesverrat. Das ist feige und verächtlich. Im übrigen habe ich die Persönlichkeiten der Magdeburger Richter nicht gekannt, kenne sie auch heute nicht. Ich habe ihnen auch nicht den Vorwurf der persönlichen Feindschaft machen wollen. Für mich sind das eben

die Vertreter eines Systems und leider Gottes die Vertreter des Gros der heutigen preussischen und deutschen Richterschaft.

(Bewegung im Saal.) Wenn ich von „lässlich“ gesprochen habe, so meine ich damit, daß es die Pflicht des Richters gewesen wäre, über eine mögliche Veränderung der rechtlichen Gesichtspunkte vorher mit dem Vertreter des Nebenklägers zu sprechen, nicht aber damit zum Schluß der Verhandlung wie mit einem Blitz aus heiterem Himmel zu kommen. Besser hätte wäre dieses Unglück für die deutsche Justiz vermieden worden, wenn man auf die mögliche Trennung von Vorjahr und Absicht vorher aufmerksam gemacht hätte. Mit dem Ausdruck „rücklings infamiert“ meinte ich die Infamierung Eberts als früheren Abgeordneten und Parteiführer. Von den Richtern des Freistaates wird doch immer Laizität verlangt. Rücksichtnahme auf das Beamtenverhältnis. Sie wären also verpflichtet, mit zu prüfen, ob es notwendig war, um Standpunkt des Magdeburger Gerichts solche tatsächlichen Feststellungen zu treffen.

In diesem Zusammenhang verwies Landgerichtsdirektor Kroner auf den Fall des Lübecker Großkaufmanns Pöschel, der vom Reichsgericht während des Krieges von dem Anklage des Landesverrats freigesprochen wurde, eine Anklage, die er sich zugezogen hatte, weil er seinen russischen Fabrikanten bei Kriegsausbruch besohlen hatte, Hufeisen für die russische Kavallerie herzustellen, um auf diese Weise seine ganzen großen Unternehmungen für Deutschland zu retten und sie vor der Beschlagnahme durch die Russen zu bewahren. Weiter erklärte der Angeklagte: Die republikanischen Richter haben doch den Eid auf die Verfassung geleistet, sie haben geschworen, die Grundlagen der Verfassung, also auch das Ansehen des Obersten Beamten zu schützen. Statt dessen hat man ihn in Magdeburg in Verurteilung gebracht, und deshalb behaupte ich, daß sich die Richter damit selbst in Verurteilung gebracht haben. Ich erinne an, daß meine Worte rauh waren, daß sie Verbaljurien enthalten. Ueber die Beweggründe, die mich zu diesem Artikel veranlaßt haben, möchte ich mich erst im Schlußwort äußern.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg machte dann darauf aufmerksam, daß das Gericht noch nicht über seinen Vertagungsantrag entschieden habe. Er betonte nochmals, daß hoffentlich das Magdeburger Urteil in zweiter Instanz ihn von der Notwendigkeit befreien würde, Kritik an dem ersten Urteil zu üben.

Generalsstaatsanwalt Lindow erklärte demgegenüber, er sehe keine Notwendigkeit, die Verhandlung zweiter Instanz abzuwarten, ebensowenig wie er es mit für notwendig halte, das Urteil erster Instanz hier zu verlesen. Für die Frage der Beleidigung und die Frage des Strafmaßes erweise das unethisch.

Rechtsanwalt Prof. Magdeburg: Wir haben eine Kritik des Magdeburger Urteils in keiner Weise zu fürchten.

Hierauf zog sich das Gericht zu der Beratung über den Vertagungsantrag zurück.

Frankreich / Elsaß / Vatikan.

Die Stellungnahme der Sozialisten.

Die außenpolitische Debatte in der französischen Kammer hat sich hauptsächlich auf drei Punkte bezogen: Sowjetrußland, Deutschland und der Vatikan. Ueber Sowjetrußland ist es bisher vor allem zu einer Kontroverse zwischen Sozialisten und Kommunisten gekommen, wobei Renaudel die georgische Frage erneut zur Sprache brachte. Deutschland, das Abrüstungs- und Sicherheitsproblem und die Kölner Zone bildeten den Hauptbestandteil der Rede Herriots. Aber am meisten hat sich die Kammer mit der dringend innerpolitischen Frage der Abschaffung der Botschaft beim Vatikan befaßt, weil die Opposition hoffte, mit Hilfe der Briand-Voucheur-Gruppe, die nach Kriegsende die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Papst bestritten hatte und für die Beibehaltung eintrat, Herriot zu Fall zu bringen. Indessen ist es dem Ministerpräsidenten gelungen, durch ein Kompromiß dieser Gefahr vorzubeugen, indem er der Schaffung einer kleinen ständigen Mission beim Vatikan für die elsaß-lothringischen Kirchenfragen zustimmte.

Ebenso wie einzelne Stellen der Rede Herriots bei den Sozialisten großes Unbehagen hervorgerufen hatten, so daß zeitweilig die Möglichkeit einer Sprengung des Linksartikels und eines Rücktritts Herriots bestand, ebenso stieß dieser Kompromißvorschlag in der Vatikan-Frage auf lebhaftes Bedenken bei den Sozialisten und nicht nur bei diesen. Endlich beschloß noch die Fraktion mit 27 gegen 11 Stimmen (also bei an sich sehr schwacher Beteiligung), auch diese bittere Bille zu schließen. Es war nun die schwierige Aufgabe des Genossen Leon Blum in der gefürzten Sitzung der Kammer, den kritischen Standpunkt der Sozialisten sowohl zu der großen Deutschland-Rede Herriots wie auch zu dem Kompromiß in der vatikanischen Angelegenheit zum Ausdruck zu bringen, ohne jedoch der Regierung die Gefolgschaft zu verweigern. Er führte dabei u. a. aus:

Die Frage, ob Frankreich beim Vatikan einen Gesandten habe oder nicht, sei für die sozialistische Fraktion nur von sekundärer Bedeutung. Die Erregung, die am Montagsabend die Mitteilung Herriots, daß die Regierung eine besondere diplomatische Mission für Elsaß-Lothringen zum Vatikan zu entsenden gedente, der sozialistische Fraktion auslöst habe, sei aus der Berücksichtigung entstanden, man wolle durch dieses Inszenieren der Reaktionen entgegenkommen und dem Bedürfnis der Mehrheit auf Abschaffung der Botschaft beim Vatikan die Schärfe nehmen. Herriot gab darauf eine lange Erklärung des Inhalts ab, daß er im Einverständnis mit dem Vorsitzenden und dem Berichterstatter der Minoritätskommission gehandelt habe. Die Bestimmung, die dieser Beschluß bei der Mehrheit verursacht habe, sei ihm um so unverständlich, als die Regierung ihre Absicht bereits in der vergangenen Woche sofort nach Bekanntgabe der Entscheidung des Staatsrats über die Rechtsverbindlichkeit des Kontrats begründet habe. Blum gab, in seinen Ausführungen forschend, der Ausweisung Ausdruck, daß die Trennungsgesetzgebung an sich die Ablehnung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan keineswegs erfordere. Den Kampf haben nicht die Linken vom Saun gebrochen, sondern der Nationale Block, der vor fünf Jahren die

Gefolgschaft beim Vatikan als äußeres Zeichen für den Triumph der Reaktion

wiedererrichtet habe. Die sozialistische Partei, die lediglich die volle Wahrung und Sicherstellung der Gewissensfreiheit ermahnen wolle, sei keineswegs antireligiös. Wenn sie gegen die Kirche Stellung nehme, so lediglich deshalb, weil der Clerus sich in den Dienst der Feinde der Republik gestellt und jeden Versuch der Reaktion und der Restauration unterstützt habe. Die sozialistische Partei vermöge auch die vom Ministerpräsidenten vertretene Auffassung über die nationale Souveränität nicht zu teilen. Es gebe eine höhere Form für die Organisations der Völker als die nationale Souveränität, das sei die sozialistische Internationale, die die Rolle des friedlichen Schiedsrichters zwischen den Völkern anstrebe, wozu sich die Kirche unfähig erwiesen habe. Ein wirklich dauerhafter und gerechter Frieden könne nur durch den Sieg des internationalen Sozialismus gesichert werden.

Er wies darauf hin, daß die wichtigsten internationalen Probleme durch Verhandlungen zwischen den ihre Unabhängigkeit betonenden Staaten nicht gelöst werden können und daß die Regelung dieser Probleme die Uebereinkunftung sämtlicher Völker zur Voraussetzung habe. Er betonte, daß der definitive Bericht der Militärkontrollkommission nicht vor dem 10. Januar veröffentlicht worden sei, wodurch man den

heroischen Kampf der deutschen demokratischen Parteien gegen die Deutschnationalen

unterstützt hätte. Die französischen Sozialisten verurteilen die militärische Okkupation und vermögen darin keine Gewähr für die Sicherheit Frankreichs zu sehen. Sollte man sogar annehmen, daß der Rhein die wahre Garantie der französischen Sicherheit darstelle, so entliehe die Frage wie lange diese Befestigung dauern solle. Herriot habe die Töne seines Vorgängers aufgegeben, wonach die Räumungsfrist noch nicht zu laufen begonnen hätte.

Die Möglichkeit, daß die Befestigung unendlich lang dauern würde, konnte nicht ernstlich in Betracht gezogen werden. — Herriot rief: Diese Möglichkeit habe ich schon tausendmal verworfen!

Leon Blum fährt fort, er glaube, daß nur eine Lösungsmöglichkeit für diese Frage bestände. Der Zeitpunkt der Räumung hänge von der Erfüllung der Vertragsbedingungen ab, und die Räumung werde von der Schaffung einer internationalen Kontrolle unter der Garantie des Völkerbunds begleitet werden. Blum fragt dann, wieso es möglich sei, daß eine bewaffnete Nation die Gefährdung ihrer Sicherheit von einer Nation, die zurzeit entwaffnet ist, befürchten könne. Die Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hänge in erster Linie von der Haltung Englands und Amerikas ab, von dem Beitritt dieser Staaten zum Genfer Protokoll ab.

Eine vollständige Lösung des Problems könne nur in einem internationalen Rahmen gefunden und die Sicherheit Frankreichs nur durch Entwaffnung und Schiedsgerichtsbarkeit erreicht werden.

Schließlich wurde der Kredit für die besondere Mission beim Päpstlichen Stuhl mit 317 gegen 246 Stimmen bewilligt. Die Rede Blums hat zweifellos dazu beigetragen, die gefährlichen Spannungen innerhalb des Linksblocks zu beseitigen. Sie hat außerdem die sehr energische Erklärung Herriots propagiert, daß Frankreich nicht an eine dauernde Besetzung der Rheinlande denke, wie es einzelne Rechtsblätter in Frankreich (und Deutschland) gern hingestellt hätten. Indessen wird e n d g ü l t i g e Klarheit und Beruhigung erst dann geschaffen sein, wenn Herriot die von Dr. Luther aufgeworfene Frage bejaht, ob Frankreich die Kölner Zone räumen werde, wenn Deutschland die ihm angeforderten Entwaffnungsbedingungen erfüllt hat.

Ruhrskandal und Interessentenpresse.

Sie nehmen aus Patriotismus.

Die Zeitungen des Herrn Hugenberg, der „Vokal-Anzeiger“ und der „Tag“, schäumen vor Zorn, daß in die Machenschaften der Schwerindustrie hineingeuchtet wird. Die Fragen, die wir unter der Überschrift „Der Kern des Skandals“ aufgeworfen haben, rühren an die empfindlichsten Punkte. Das Geschrei, das die Presse der Schwerindustrie darüber erhebt, beweist das schlechte Gewissen der Ruhriehrer des Skandals.

Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

Im übrigen sucht sich die Interessentenpresse nach dem Vorbild der Verschleierteklärung der Regierung hinter einem sehr schlecht ausgelegten Patriotismus zu verstecken. Der „Tag“ bestreift die Stirn, alles abzuleugnen. Es ist alles nicht wahr. Es ist aber alles kontrolliert. Es hat keinen zu hohen Kohlenpreis gegeben, und Steuern sind der Industrie nie erlassen worden. Es fehlt nur noch die Behauptung: es gibt überhaupt keine Ruhrindustrie. Der „Tag“ leugnet zuviel ab, und das ist gefährlich. Es zeigt, daß er lügen will.

berolts vorher der Alle Bergarbeiterverband eine Entschädigung für die Arbeiter gefordert. In seiner Entschädigung bringt er dabei eine Aufzählung aller der Fälle, in denen unter Hinweis auf die Ricum-Lasten von der Arbeiterschaft Opfer zugunsten der Unternehmer gebracht worden sind. Es heißt dort: „Nach dem Abschluß der Ricum-Verträge legte ein verstärkter Lohndruck im Bergbau ein. Im Dezember 1923 distierte der Zeichenverband mit dem Hinweis auf die übernommenen Ricum-Lasten einen Lohnabbau. Durch Schiedsspruch vom 19. Dezember 1923 ist der Gesamtdurchschnittslohn — der Schlichter berief sich ausdrücklich auf die Ricum-Lasten — um 12 v. H. gesenkt worden. Infolge der Ricum-Verträge ermächtigte man gegen den Willen der Arbeitervertreter im Schiedsspruch den Gesamtdurchschnittslohn von 5,25 M. auf 4,62 M. Aber damit hatte der Lohndruck unter Berufung auf die Ricum-Lasten noch nicht aufgehört. Am 4. Januar 1924 wurde ein neuer Lohnabbau mit den für den Bergbau übernommenen Ricum-Lasten begründet. Das Schiedsgericht kürzte den Durchschnittslohn gegen die Stimmen der Arbeitervertreter um weitere 9 v. H. und führte als Hauptgrund die Ricum-Lasten an. Der Durchschnittslohn wurde somit ab 1. Januar 1924 von 4,62 M. auf 4,20 M. herabgesetzt. Aber nicht nur die Löhne wurden im besetzten Gebiet so erheblich unter Protest der Arbeitervertreter gekürzt, auch die Schiedssprüche über die kulturwidrige Verlängerung der Arbeitszeit im Steinkohlen-, Braunkohlen-, Erz- und Schieferbergbau sind in der Hauptsache mit der Uebernahme der Ricum-Lasten begründet worden.“

Entschädigungs-Spekulanten.

Wozu die Entschädigungen benutzt wurden.

Das „Berliner Tageblatt“ macht darauf aufmerksam, daß die Aktien der „entschädigten Werke“ im Zusammenhang mit der Entschädigung im Kurs gestiegen sind. Es veröffentlicht folgende Tabelle:

	22. 12.	2. 1.	10. 1.	20. 1.	2. 2.
Böhrmer	87 1/4	80 1/4	80,8	94 1/2	96 1/2
Essener Steinkohlen	80	80 1/2	77	84 1/2	88
Gelsenkirchen	91 1/4	98 1/4	98 1/2	103 1/4	100
Gruppener	125	129 1/4	130,8	149 1/4	153 1/2
Dortch	75 1/4	80	80 1/4	92	104 1/2
Waldner	62 1/2	62 1/2	68 1/2	67 1/4	69 1/4
Walden-Reussen	78 1/2	81,0	80,0	93 1/4	108 1/2
Walden	57,4	60 1/2	67 1/4	68 1/4	69 1/2

Das „B. T.“ gibt die Auffassung der Börse wieder, daß zunächst nur die „entschädigten“ Werke ihre eigenen Aktien gekauft haben, und fährt dann fort:

„Wie weit auch von anderen Personen, die Kenntnis von der Auszahlung jener Riesensumme erlangt haben, solche Käufe zu spekulativen Zwecken getätigt werden sind, vermögen wir nicht zu beurteilen. Jedenfalls sollte einmal der Haushaltsausschuß des Reichstages feststellen, nützlichfalls mit Hilfe der Börsenstände, von welcher Seite damals die Käufe ausgegangen sind. Eine solche spekulative Ausnutzung von Tatsachen, die der weiteren Öffentlichkeit zunächst unbekannt waren, hätte sich jedenfalls als außerordentlich gewinnbringend erwiesen. Denn von Mitte Januar an, als nun auch weitere Kreise der Börse von den zugrundeliegenden Tatsachen „Wind bekommen“, setzte, wie die obige Tabelle zeigt, eine sehr starke, teilweise stürmische Hausse in Montanwerten ein.“

Die Untersuchung wird immer notwendiger!

Die Ruhrschäden-Denkschrift erst am Freitag.

Die Denkschrift der Reichsregierung in der Frage der Ersatzleistung für die unter dem Ricum-System von der Industrie ausgeführten Reparationsleistungen wird, wie die Telegraphenunion erfährt, voraussichtlich erst am Freitag dem Reichstage zugeleitet werden.

Die Regierung hat der Presse der Interessenten bereits Auszüge aus der Denkschrift zugänglich gemacht, noch ehe sie dem Reichstag vorgelegt wurde. Wenn sie trotzdem die Uebergabe der Denkschrift an den Reichstag verzögert, so

hat sie noch Gelegenheit, auf die Fragen einzugehen, die in der Öffentlichkeit aufgeworfen worden sind und die den Kern des Skandals berühren. Ihre Antworten müssen sich jedoch an Sachlichkeit, Offenheit und Francheit beträchtlich von den bisherigen Veröffentlichungen der Regierung unterscheiden, wenn sie ernst genommen werden sollen.

Kommunistischer Fastnachtsult.

Die Kommunisten sind endlich aus dem Schlafe erwacht. Sie hatten so lange mit dem Barmal-Kummel zu tun, daß sie es gar nicht merkten, welche Riesenskandale sich unter der Luther-Regierung entwickelten. Erst die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihren energischen Vorstoß in der Presse und im Haushaltsausschuß des Reichstages die Verschleierung von Hunderten von Millionen an das Ruhrkapital an die Öffentlichkeit gebracht. Als die Sozialdemokraten alle notwendigen Feststellungen gemacht, als sie alle Maßnahmen getroffen hatten, um den 700-Millionen-Skandal rückstandslos aufzudecken und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, da riefen sich endlich die kommunistischen Helden die Augen. Und siehe da! In der Reichstags-Sitzung vom Dienstag erhob sich Herr Stöcker, um einen kleinen Fastnachtsult auszuführen. (Er stammt aus Köln, der Residenz des Prinzen Karneval.) Was die Sozialdemokraten im Ausschuß schon längst getan haben, das hatte er in aller Schnelligkeit in einige Anträge gekleidet und glaubte damit den Beweis für die Gefinnungstüchtigkeit seiner kommunistischen Freunde erbracht zu haben. Der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hermann Müller, erwiderte auf diesen Scherz folgendes:

„Zunächst einige Bemerkungen. Herr Herr Abg. Stöcker hätte seine Rede hier gar nicht halten können, wenn nicht meine Fraktion die Dinge im Reichshausausschuß zur Sprache gebracht hätte. (Sehr richtig v. d. Sozialdemokraten.) Sie haben ja Ihr Material erst von uns bekommen.“

Nun zur Sache selbst. Ich habe bereits im Reichshausausschuß angekündigt, daß meine Fraktion sich vorbehaltlich eines Antrags zu stellen, nach dem ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden soll. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß dieser Antrag in dem Augenblick gestellt wird, wo uns die Denkschrift vorgelegt wird, die auf Grund der Ziffer 3 unseres Antrages von der Regierung in Aussicht gestellt worden ist und die mit einer Indemnität verbunden werden soll, das hier ebenfalls vorgelegt werden wird.

Der Herr Abg. Stöcker hat von mir verlangt, daß ich mich klar aussprechen soll. Ich will deshalb ganz klar sagen, daß meine Fraktion heute seine sämtlichen Anträge ablehnt.

Wenn wir einen Untersuchungsausschuß haben wollen, so befragen wir das selbst.

Der Herr Abg. Stöcker hat dann weiter gemeint, ich hätte seinen Antrag als Fastnachtsult bezeichnet. Nein, ich habe es als Fastnachtsult bezeichnet, daß der Abg. Stöcker einen Antrag auf den Tisch des Hauses legen und warten will, bis sich die Mitglieder zusammensetzen und seinen Antrag unterzeichnen. Das ist meiner Auffassung nichts anders zu bezeichnen.

Dann hat der Herr Abg. Stöcker noch weitere Anträge gestellt. Unter anderem die Unteranfragestellung der Minister der verschiedenen Kabinette. Ich habe unter diesen Anträgen noch einen vermehrt, der eigentlich dazu gehört. Er hätte gleichzeitig beantragen müssen, daß die Immunität für die Reichsfinanzminister Marx und Stresemann aufgehoben werden muß, dann erst kann ja sein Antrag wirksam werden. Ich bitte ihn, diesen Antrag bis zu dem Tage zu stellen, an dem wir uns im Zusammenhang mit dem Indemnitätsantrag darüber unterhalten werden, ob wir seinen Antrag annehmen werden oder nicht. Ich glaube, mich dem Herrn Abg. Stöcker gegenüber klar genug ausgesprochen zu haben.

Was wir zu tun haben, wissen wir alle; wir werden es im richtigen Zeitpunkt tun.“

Die kommunistische Fraktion wird aus diesem Zwischenfall hoffentlich die Lehre ziehen, daß man nicht nur schwächen, sondern auch arbeiten muß. Der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß der Riesenskandal mit den Ruhrkrediten ans Licht gezogen wurde; sie hat auch bereits die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Den Kommunisten aber ist zu raten, die sachliche Arbeit der Sozialdemokraten zu unterstützen, statt sie durch Karnevalscherze zu verderben.

Diktatorenlatein am Ende.

Von Richard Kainer.

Schon manchem General der älteren und neueren Geschichte taugte eine solche Kampagne zum Sprungbrett, das ihn in die höchsten Gärten des Ruhms emporführte, in deren luftiger Höhe er abdam, allem Volke entrückt, den Annehmlichkeiten des Schutzbuchhabendens ungeniert frönen durfte. Diese heiter-einsame Attitüde mochte auch dem diesen Primo vorzweihen, als er auszog, seinen Säbel am Atlasgebirge zu wehen. Eins aber hat er nicht bedacht: daß man nämlich vom Sprungbrett auch ins Wasser plumpen kann.

Die strategische Situation der Spanier hat verzweifelte Rechnungskelt mit der Lage des Mannes, der, ritlings auf einem Sprungbrett sitzend, vor seinem Gegner bis an dessen äußerste Kante raxiert ist. Ein unsanfter Stoß, und der Ruhm einer Armee findet ein williges Grab in den schmelzenden Fluten der Meerenge. Jedem Kenner militärischer Dinge dürfte es einleuchtend sein, daß in einem solchen Falle ein ganz besonderes Maß von starrer Haltung vonnöten ist, wenn das hohle Egerle der Kadres gewahrt bleiben soll. Da hat sich nun Primo de Rivera mit der Aufgabe beladen, die nach rückwärts gerichteten Operationen seines Heeres mit neuem Mut und neuer Siegeszuversicht zu erfüllen. Die geeignete Handhabung hierzu bot, was für einen Oberbefehlshaber gar keiner Ueberlegung bedarf, ein Armeedefehl. Dieses Dokument verdient wegen seiner geradezu klassischen Form der Nachwelt überliefert zu werden. Primo Konzept lehnt sich sprunghaft an die echt militärischen, strengen und ausdauernden Perioden eines Cäsar an. Ein einführender Satz spreche für das Übrige:

„Es ist sehr bedauerlich, daß die Armeen, welche sich in den schwersten Tagen mit Ruhm bedeckt hat, in dem Augenblick, da sie das Ziel ihrer Bemühungen erreicht hat, die darum nicht weniger leicht oder praktisch bedeutsam sind, weil sie nach rückwärts gerichtet sind, sich von der zersetzenden Einwirkung übertriebener Gewächte und pessimistischer Prophezelungen beeinflussen läßt, welche den heldenmütigen Geist, auf den die Armeen mit Recht stolz sein kann, verändern.“

Um nun diesem „schmachvollen Uebel ein Ende zu bereiten“, wird allen Angehörigen der Armee aufgegeben, sich jeder Diskussion über die militärischen Operationen strikt zu enthalten, da dies ganz natürlich sei und wie es sich für einen Soldaten eigentlich von selbst versteht, der Heeresleitung allein vorbehalten bleiben müsse. Wer von seinem Vorgesetzten beim Nachdenken über diese Dinge erfaßt werde, sei unverzüglich einem kriegsgerichtlichen Verfahren, das die Todesstrafe vorsieht, zu unterwerfen. Bei unwilliger Kenntnis haben die Vorgesetzten das Recht, die Todesstrafe praxisgemäß gleich selbst zu vollziehen.

Wir müssen also des erhabenen Schauspiels gewärtig sein, wie die opferbereite spanische Waffenjugend unter der doppelten Last

des Ruhmes und ehernen Schweigens sich weiter zurückzieht. Die wilhelminische Epoche hat einen Feldherrn gekannt, der sich (neben anderen militärischen Fähigkeiten) durch besondere Schweigeltätigkeit auszeichnete. Auf die erwähnten Fähigkeiten hat Primo de Rivera mit der Bescheidenheit des wahren Helden verzichtet. Eines aber hat er sich vorbehalten: Den Kommentar zu diesem Feldzug will er allein sprechen und legt das Schweigen lieber seiner ganzen Armeen auf.

Er unternimmt dies jedoch keineswegs, ohne diese von den trappistischen Brüdern übernommene Regel auf innerpolitischen Gebieten bestens erprobt zu haben. Seit nämlich der Schriftsteller Chavez seine Anschuldigungen gegen Wilson und die Generäle schärfte Jenustration eingesetzt, so doch tatsächlich wie zu Zeiten des Marquis Posa wieder die ideale Ruhe des Kirchhofs herrscht.

„Von Morgen bis Mitternacht“ im Schillertheater. Es war nicht gelungen, den Stil des Georg Kaiser'schen Lebens- und Kolportagestückes vom durchgebrannten Kaffee richtig und würdevoll zu sprechen. Dieses Stück ist zwar einfach, im Sachlichen vorwärtsgehend, sehr schlagfertig und nicht mehr auszulassen aus dem modernen Theater; aber der Regisseur muß wissen, daß es sich hier nicht um Naturalismus und um Expressionismus ganz allein handelt. Irigentlich geht es über die menschlichen Kräfte und Daseinsbedingungen hinaus. Das Ganze als gespenstliche Farce zu spielen, das wäre ungefähr der Stil. Im Schillertheater wurden die Methoden durcheinander geworfen, einmal Naturalismus, dann wieder riesiges Tempo und Stimmen, die ihre Worte nur in den Saal bellten. Die Freunde des staatlichen Schillertheaters wurden häufig enttäuscht. Man sieht und staunt sich sogar durcheinander. Es fand eine Schlacht, wenn auch eine ziemlich sanfte, um Georg Kaiser statt. Natürlich siegen die Anhänger des Stückes, das in seinem schönen Aufbau und seiner grabtintigen Unverfälschtheit heute schon wie ein klassisches Wert jenes Expressionismus anzusehen ist, der wenig Vollkommenheit brachte. Volkstheaterfreunde werden immer sozial aufgebracht sein, wenn sich in wenigen Stunden das Schicksal dieses pittoresk ausgewählten Bankrottiers erfüllt. Aber alle Etappen auf der Lebens- und Todesstrecke des Kaiserers, das Zusammenbrechen seines häuslichen Glückes, sein Heruntoben auf dem Sechstagerennen, sein Suchen nach der großen Schönheit im Nachtloft und endlich sein Zusammenbrechen auf der Sünderbank der Heilsarmee, müssen blitzen und verpuffen. Im Schillertheater war der Akt des Sechstagerennens matt, sogar schlafig, der der Heilsarmee wurde fastiert, man glaubte das Zerrbild einer Volkshelmsversammlung zu sehen. So ging die letzte Tragik auch verloren. Besonders, da Alexander Granach, der Darsteller des Kaiserers, ganz und gar versagte. Ihm war keine Steigerung möglich, da er von Anfang an mit geistigen Kräften nur in das Groteske und Grausige hineintratete. Der Künstler hatte die Deutlichkeit seiner Sprache vergessen und da er nur als Schreckensbild wirken wollte, wurde kaum etwas offener von alledem, was im Innern dieses rebellischen Proletariats vorgeht.

Das Deutsche Opernhaus soll kein städtisches Theater werden. Der städtische Nachrichten dienst teilt uns mit: Die Stadt beschließt nicht, das Opernhaus in eigene Verwaltung zu nehmen, wohl aber, sich einen maßgebenden Einfluß auf den Betrieb zu sichern. Definitive Beschlüsse sind entgegen anders lautenden Meinungen noch nicht gefaßt worden. Die Frage der Besetzung der leitenden Stellen ist von den maßgebenden Instanzen bisher nur vorbereitend geprüft worden. Auch haben sich weder der Intendant Berg-Ehler (Wienburg) noch der Intendant Tiefen (Breslau) um den Intendantenposten beim Deutschen Opernhaus beworben.

Eine Ruhmeshalle der ganzen Menschheit. Der Maharadscha Holkar von Indore hat zur Feier seines diesjährigen Geburtstag in seiner Hauptstadt eine Stiftung errichtet, die einzig in der Welt dasteht. Unter dem Namen „Haus der Größe“ enthält das Institutgebäude eine Vortragsreihe der berühmten Männer und Frauen aller Länder und Zeiten, aller Rassen und Religionen, dazu eine riesige biographische Bibliothek und Höräle zu Vorträgen über die Berühmtheiten. Bei der Eröffnung funktionierten Vertreter aller Religionen der Welt. Es ist hinduistisch, das Verhalten dieses Fürsten; das indische Pantheon hatte von jeher Platz für alles, was groß und edel erschien. Hat doch erst vor wenigen Jahren ein anderer nordindischer Fürst ein Institut gegründet, das dem Studium, der Vertüchtigung und der Verehrung aller Religionen gewidmet ist. Und doch ist ein neuer Zug in dem Vorhaben des Holkar erkennbar: die Betonung des Historischen, die dem Charakter des Hindu von Haus aus eigentlich ganz fremd ist. Blit ihm doch das Leben des einzelnen nicht mehr als ein Tropfen im Ozean, die Idee des Fortschrittes der Menschheit als eine Wision. Aber aus solchen Stimmungen heraus erzieht man keine Tannenschen für die Gegenwart; und es ist offenbar Absicht des Fürsten, durch den Hinweis auf die großen Männer der Menschheitsgeschichte den Ehrgeiz seiner jungen Landsleute zu wecken. Auch ein Zeichen für das Erwachen des Ostens!

Amerika spielt Australien zum Kampf auf. Nach wochenlang durchgeführten Proberennen, die das Ziel verfolgten, von der amerikanischen Funktion Pittsburg aus Gespräche und musikalische Vorträge nach Australien zu senden, hat man jetzt zwischen den beiden Erdteilen einen tadellos funktionierenden Radiokanal hergestellt. Gespräche sowohl wie Musik, die von Pittsburg aus über eine Entfernung von rund 14000 Kilometer übertragen wurden, konnten in ganz Australien einschließlich der Städte Perth, Sidney, Ballarat, Hobart und in Queensland mit tadelloser Deutlichkeit gehört werden. Die australischen Tanzpaare drehten sich an einem Sommerabend im Tanz nach dem Takt einer Musik, die an einem Wintermorgen in Pittsburg gespielt wurde.

Die Oster-Schüler wird im nächsten Autorenabend der Volkshöhe in der Stadthalle, Kollaterale (in d. d. Vortragsaal des Rathhauses) lesen. Die Besetzung findet am 6. Februar abends 8 Uhr statt.

Vorträge. Prof. Behold spricht über „Pallastische Ethik“ am Donnerstag, Wilhelmstr. 48, in den Räumen des Soc. wiff. Klubs, auf Veranstaltung des Deutschen Komitees. Anschließend Diskussion. — Dr. Klatt, der Leiter des Erziehungsbeirats und der Volkshöhe, wird am Sonntag in der Aula der Luisen-Schule, Siegelstr. 12, über „Fragen der Lebenskunst“.

Weitere Vernehmung Heilmanns.

Verhandlungen des Untersuchungsausschusses.

Siebenter Tag.

Vorsitzender Dr. Leidig eröffnet die heutige Sitzung des Preussischen Untersuchungsausschusses um 10 Uhr 15 Minuten und erhebt Vermahnung gegen einen Artikel der „Kreuzzeitung“, der die Verhandlungen des Ausschusses in ironischer Form behandelt und zum Schluß erklärt, der Vorsitzende des Ausschusses müsse getötet werden. Heilmann und Barmat den Wunsch aussprechen: „Ich sei, gemährt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte.“ Der Vorsitzende weist diese Bemerkung als eine große Taktlosigkeit zurück.

Der Ausschuss tritt dann in die

Vernehmung des Zeugen Heilmann

ein. Vorsitzender Dr. Leidig fragt, ob Barmat mit Heilmann auch über seine Beziehungen zur Staatsbank gesprochen habe, die bis zum Jahre 1923 zurückgehen.

Heilmann entgegnet, er habe seit 1923 gewußt, daß Barmat in irgendwelchen Beziehungen zur Staatsbank stand. Einzelheiten habe er bis zum 8. Dezember 1924 nicht erfahren. Demals hätte die „Rote Fahne“ allerlei Enthüllungen gebracht, und er habe daher Barmat um Aufschluß gebeten. Barmat habe ihm sehr eingehend dargelegt, wie er die Dinge sah. — Dr. Leidig: Waren Sie auch in dieser Art Ehrenpflichtig? — Heilmann: Diese Berater-eigenschaft ist im Laufe der Jahre in dem Maße verloren gegangen, als sich das Unternehmen erweiterte. Im letzten Jahre kam von einer solchen Beraterhaft überhaupt nichts mehr in Frage. Zahlreiche Syndikate beschäftigten sich berufsmäßig mit diesen Dingen. Es war im letzten Jahre geradezu unmöglich, Barmat allein zu sprechen. Sein Zimmer war immer überfüllt.

Vorsitzender Dr. Leidig gibt dann dem Vorfrh an Dr. Deereberg ob, da er eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Reichstags-Untersuchungsausschusses Saenger vereinbart habe, damit die beiden Ausschüsse nicht gegeneinander arbeiten.

Der Kommunist Stoll richtet nun eine Reihe von

Fragen an Heilmann.

Er erinnert an die Papierlieferungen an den Rotterdamer „Vorwärts“ und fragt, ob Heilmann bekannt sei, daß gerade in dieser Zeit die deutsche Arbeiterpresse außerordentlich unter dem Papiermangel litt.

Heilmann gibt das zu, erwidert aber, daß er mit der Ausführungsbewilligung nichts zu tun gehabt habe.

Der Kommunist Stoll fragt dann weiter, ob Heilmann davon etwas bekannt sei, daß die Erlaubnisurkunde des General-Kommandos Lüttich, die Barmat besaß, und ob diese Vermittlung durch den Parteigenossen, dem damaligen Oberkommandierenden Koste, zustande gekommen sei, ferner ob, wie der frühere Adjutant der Berliner Kommandantur, Fischer, in seinen Erinnerungen erzähle, von holländischer Seite einmal Geld zur Verfügung gestellt wurde, um die spartakistische Bewegung zu unterstützen, und ob Barmat dieser Geldgeber gewesen sei.

Heilmann erwidert auf diese Fragen, daß Barmat seines Wissens nach Koste niemals gesehen oder gesprochen hat und daß er, Heilmann, selbst in dieser Angelegenheit nicht mitgewirkt habe, da er Barmat erst später kennen lernte. Zur zweiten Frage glaubt Heilmann feststellen zu können, daß Barmat Fischer niemals einen Pfennig zur Verfügung gestellt hat.

Stoll richtet ferner die Frage an Heilmann, ob der verstorbene Abg. Krüger niemals die geringste Entschädigung von Barmat erhalten hat.

Heilmann bemerkt dazu, daß für das „Köpenicker Volksblatt“ 15 000 Mark gegeben wurden und daß darüber ordnungsmäßig quittiert ist.

Dann fragt Stoll, ob Herr Heilmann seine juristischen Kenntnisse in der Steuerangelegenheit Barmats aufgeben habe, da damals von der Sozialdemokratie und in der Öffentlichkeit sehr starke Angriffe wegen der Steuerflucht erhoben wurden.

Heilmann ist nichts bekannt, daß Barmat mit dem Finanzamt irgendwelche Verträge geschlossen hätte. Auch über die Steuerleistungen habe er nichts gehört. Gesprächsweise habe er gehört, daß Barmat auf dem Standpunkt stand, daß er seinen Wohlstand in Amsterdam habe und persönlich in Deutschland nicht steuerpflichtig sei. Die Steuern seien von der „Amegima“ in Berlin gezahlt worden.

Abg. Stoll (Komm.) will wissen, ob außer Ebert jun. auch Weis jun. in einem Barmat-Unternehmen tätig gewesen sei.

Heilmann verneint letzteres, Walter Weis sei Privatsekretär bei Barous gewesen.

Barmat in London.

Abg. Stoll (Komm.): Ist dem Zeugen Heilmann bekannt, daß der Abg. Weis im Jahre 1924 Barmat von Berlin aus als Kurier an den damaligen Premierminister und Sozialdemokraten MacDonald geschickt hat, um Barmat auf diese Weise in englischen Kreisen einzuführen?

Abg. Heilmann: Weis hat Barmat mit einem Privatbrief versehen, im Jahre 1924 zu MacDonald geschickt. In dem Briefe erinnerte Weis MacDonald daran, daß MacDonald den Barmat in derselben Zeit kennengelernt habe, in der Herr Weis mit ihm zusammenkam. Weiter ging Barmat mit einem

Inoffiziellen Auftrag des Reichspostministers

nach London, um mit der damaligen englischen Regierung über eine Forderung des Postabrechnungsverkehrs zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Natürlich hat Barmat als Kaufmann beratende Aktionen nicht lediglich aus Eitelkeit und Gemeinnützigkeit übernommen, sondern er hat selbstverständlich dabei stets seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt. So hat er damals zu erreichen versucht, daß eine der Abrechnungsstellen für den deutsch-englischen Postverkehr auch die Werturbande zugelassen wurde. Den englischen Vertretern war das recht, ich glaube aber, daß dieser Vorschlag vom Reichspostministerium abgelehnt worden ist.

Auf die Frage des Abg. Dr. Deereberg, ob Barmat unmittelbar mit dem Reichspostministerium in Beziehung getreten sei, erwidert Heilmann, Barmat habe bauernd im persönlichen Verkehr mit dem Reichspostminister gestanden und offenbar persönlich von Dr. Hoelle den Auftrag gehabt, zu verhandeln. Barmat hat auch Kreditverhandlungen mit dem Oberfrh Kerr, einem Großmakler an der Londoner Börse geführt. Dieser war Anfang 1924 in Berlin. Ich traf ihn in der Werturbande und er sagte mir, er wolle an der Londoner Börse 20 Millionen Obligationen der Barmat-Werte unterbringen.

Auf weitere Fragen des Abg. Stoll (Komm.) antwortet Heilmann, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Rutimer weder für Barmat-Unternehmungen oder für Barmat-Wähler tätig gewesen sei. Solange Barmat Lebensmittellieferer tätig, habe er niemals einen Reichs- oder Staatskredit gehabt.

Der erste Kredit

sei 1922 von der Staatsbank gegeben worden. Das endete, als die Beziehungen mit der Staatsbank ansähen. Spekulative Käufe in Markt habe Barmat nie gemacht. Marktkäufe dienten nur dem Zweck der Einleitung für neue Lebensmittelkäufe, da dazu Baluto nötig war.

Daß eine Quittung Koenens über 8000 Mark existiert habe, sei sicher. Im übrigen bemerkt Heilmann über die Verbindung Koenens mit Barmat, daß Koenen eines Abends Barmat aufgefordert habe, nach „Adlon“ zu kommen, um mit Krassin wegen Aufkündigung von Geschäftsverbindungen mit Rußland zu sprechen. Auf Heilmanns Anraten, der davor warnte, die Vermittlung Koenens anzunehmen, habe Barmat abgelehnt.

Barmat und die Sozialdemokratie.

Abg. Deereberg stellt an Heilmann die Frage, ob irgendwelche finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und der Sozialdemokratischen Partei bestanden haben.

Abg. Heilmann erwidert darauf, daß Barmat niemals der Partei oder Genossen irgendwelche Summen zur Verfügung gestellt habe, ohne sich vorher mit ihm, Heilmann, ins Benehmen zu setzen. Heilmann gibt zu, daß die 15 000 M., die an das Cöpenicker Blatt gegeben wurden, von Barmat stammen. Weiter habe Barmat unabhängig der Dezemberwahl 1924 auf seine Veranlassung hin, da angeht die vorangegangenen Reichswahlen es um die Parteikasse nicht mit dem besten bestellt war, die Summe von 20 000 M. zur Verfügung gestellt. Abgesehen von diesen größeren Beträgen habe Barmat nur hin und wieder kleinere Beträge gegeben, die aber nur in die Hunderte von Mark gingen und zwar in Fällen, wenn irgendein Parteisekretariat sich wegen Geldverlegenheit an Barmat wandte oder wenn einzelne Parteigenossen durch Krankheit in der Familie oder durch Stellenlosigkeit in Not geraten waren. Heilmann schätzt die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von sechs Jahren an die Partei gab, auf höchstens etwa 50 000 M. Weiter habe Barmat auf eine Anregung des Ministers Schwarz in der Gegend von Pirna i. Sa. aus seinen Mitteln ein Kinderheim errichtet, das ungefähr 25 Kinder beherberge und ausschließlich unter der Verwaltung hiesiger Behörden stehe. Weiter sei ihm über diese Angelegenheit nichts bekannt.

Abg. Deereberg (Dnat.): Wissen Sie etwas über die Finanzbeziehungen zwischen Barmat und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold?

Abg. Heilmann (Soz.): Barmat hat dem Reichsbanner niemals Geld zur Verfügung gestellt; das Reichsbanner hat auch niemals um Unterstützung durch Barmat gebeten.

Abg. Deereberg: Ist Ihnen etwas über die Geschäftsbeziehungen zwischen Barmat und dem Reichstagsabg. a. D. Bauer bekannt?

Abg. Heilmann: Reichstagsabg. a. D. Bauer hat mit Barmat häufig auch über Geschäfte gesprochen. Ob und wieviel daraus Geschäftsbeziehungen entstanden sind, ist mir nicht bekannt.

Der Kriminalkommissar.

Abg. Kaufhold (Dnat.) beantragt sodann, den Kriminalkommissar Klinkhammer als Zeugen zu laden, der über die gegen Barmat früher erstatteten Anzeigen Auskunft geben soll. Seine politischen Freunde vertreten den Standpunkt, daß wenn diesen Anzeigen seinerzeit nachgegangen worden wäre, die Staatsbank vielleicht nicht in die Lage gekommen wäre, Kredite an Barmat zu geben.

Abg. Kaufhold (Dnat.) erweitert den Antrag Kaufhold dahin, daß auch der Präsident des damaligen Landespolizeiamts Falk geladen wird, worauf der Abg. Kaufhold seinerseits noch als dritten Zeugen den Kriminalkommissar Bibo zu laden beantragt.

Der Ausschuss beschließt, diese Zeugen heute noch zu vernehmen.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages zur Nachprüfung aller Kreditaffären trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Saenger (Soz.) zu einer Sitzung zusammen, in der das Arbeitsprogramm besprochen wurde. Es ist beschloffen, am Sonnabend, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, mit den eigentlichen

Vernehmungen zu beginnen. Es sollen höhere Postbeamte und dann auch Dr. Höfle und Abg. Lange-Hagemann über die Postkredite vernommen werden.

Der Kronprinz bei den Agrariern.

Der Handschuh des Titus Livius.

Breslau, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Begrüßung des früheren Kronprinzen durch einen höheren Schupo-Offizier in Uniform vor der Breslauer Agrarversammlung ist inzwischen durch amtliche Feststellungen geklärt worden. Der betreffende Beamte, ein Major mit dem klassischen Namen Titus Livius erklärt, er habe dem Gutsbesitzer von Dels nicht die Hand geküßt, sondern sich nur tief vor ihm verneigt. Dies hätte er in der eigenartigen Situation getan, nachdem ihn der frühere Kronprinz, ohne ihn zu kennen, ansprach. Offenbar bewegt der einstige Thronerbe noch in der alten Gewohnheit, jeden Offizier als seinen Untergebenen zu betrachten. Es handelt sich also um eine doppelte Taktlosigkeit, zu der der Kronprinz als erster beitrug.

Während die Berliner Rechtspreße übrigens die Teilnahme an der Landbundesversammlung als eine harmlose Standesangelegenheit darstellt, haben die Blätter der schlesischen deutschnationalen Presse die Ovationen der Landbändler für den früheren Hohenzollern mit Nachdruck unterstrichen und bisher mit keinem Wort den politischen Charakter der Landbündendemonstration zu bestreiten gesucht.

Eine Demonstration der Invaliden.

Vor dem Reichstag.

Im Reichstag wird in diesen Tagen über die Renten für die Arbeitsinvaliden gesprochen. Sie erhalten jetzt so kümmerliche Beträge, daß sie zum Verhungern gezwungen sind. Die ungeheure Freigiebigkeit des Reiches gegenüber den Ruhr-Industriellen hat nun auch diese sonst recht stumpfe Schicht der Arbeitsunfähigen zum Erwachen gebracht. Als heute früh die Abgeordneten sich dem Reichstagsgebäude näherten, überraschte sie ein seltsamer Anblick. Alle abgehärmte Gestalten wandelten in langen Reihen mit farbigen und bedruckten Plakaten in der Hand vor dem Reichstagsgebäude auf und ab. Kein Wort kam aus ihrem Munde, ganz anders wie bei Kommunistendemonstrationen wirkten diese Entsetzten und Entbehrten rein durch ihr Dasein. So offenkundig ist ihr Elend, daß sie auf jedes laute Ausdrucksmittel ihrer Not verzichten können. Diese stumme Demonstration, organisiert vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden, verheißt deshalb auf müßelnde und sozial denkende Menschen kaum ihren Eindruck.

Ob die durch die Inschriften der Plakate zum Ausdruck kommenden Hoffnungen auf den Reichstag in Erfüllung gehen werden, steht dahin. Dieser Reichstag mit seiner stark bürgerlichen Mehrheit, mit seiner gewolligen Abhängigkeit von der Schwerindustrie und den Großagrariern hat zwar stets jedes Verständnis für kapitalistische Schichten gehabt, gegenüber den darbenenden und notleidenden aber bisher noch nie seine Pflicht getan.

Die Sozialdemokratie wird wie bisher so auch jetzt alles tun, um das Los dieser Arbeitsinvaliden zu erleichtern.

Gemeinnütziger oder privater Wohnungsbau?

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes deutscher Baugenossenschaften hatte am Dienstag zu einer Sitzung geladen, in der Verbandsreferent Roscher über die „Wohnungspolitik der Stadt Berlin“ sprach.

Der Vortragende betonte, daß versucht werden soll, nach Möglichkeit Ordnung in die Wohnungs- und Bauverhältnisse Groß-Berlins, soweit sie besonders die gemeinnützigen Baugenossenschaften betreffen, zu bringen. Er ging in seinen Ausführungen von allgemeinen Gesichtspunkten aus. Die Stadt Berlin stand früher auf dem Standpunkt, daß das freie Spiel der Kräfte auf dem Bau- und Wohnungsmarkt zur Befriedigung der Wohnansprüche der Bevölkerung ausreicht. Dabei war der Begriff „Befriedigung“ in der Weise gefaßt, daß man sich mit einer bloßen Unterbringung der Bevölkerung in Wohnungen begnügte, ohne Rücksicht auf die hygienischen und kulturellen Anforderungen zu nehmen. Während des Krieges traten unter Protektion der Stadt Berlin die Interessenten zusammen, um eine besondere Förderung des Wohnungsbau durch gemeinnützige Baugenossenschaften zu erreichen. Die von einigen weitläufigen Politikern gemachten Bemerkungen scheiterten aber schließlich daran, daß man in den maßgebenden Stellen nicht die alten, bewährten Baugenossenschaften berücksichtigen wollte, sondern sich mit der Absicht trug, eine neue Organisation ins Leben zu rufen.

Die Wohnungspolitik der Stadt Berlin.

Die in neuester Zeit mit Hilfe der Baukostenzuschüsse aus den Erträgen der Hauszinssteuer getrieben wird, ist alles andere als eine Förderung der Bestrebungen der gemeinnützigen Organisationen. Die „Wohnungsfürsorgegesellschaft“, der die Verteilung der Zuschüsse obliegt, ist von einer Behörde, von der man eine lebendige Mitarbeit erwarten sollte, zu einer Verteilungsstelle herabgesunken. Irgendeine Begünstigung der gemeinnützigen Baugenossenschaften wird nicht mehr ausgeübt. Die Verhältnisse haben sich so entwickelt, daß jedes Bauunternehmer, dem irgendeine gemeinnützige Absicht natürlich vollkommen fernliegt, der also baut, um Geld zu verdienen, Baukostenzuschüsse zur Verfügung gestellt werden, ohne Rücksicht darauf, wie die Wohnungen später aussehen, die er der Bevölkerung anbietet. Die Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gebaut sind, werden dann an den Meißelbietenden buchstäblich verkauft, so daß der unholdbare Zustand entstanden ist, daß Leute, die es dazu haben, eine Wohnung bekommen, während gerade die wirklich notleidende arbeitende Bevölkerung leer ausgeht. Unter der gegenwärtigen Zuweisung dieser behördlichen Baukostenzuschüsse haben die gemeinnützigen Baugenossenschaften naturgemäß in viel stärkerem Maße zu leiden. Ganz abgesehen davon, daß ihnen der private Kapitalmarkt wegen der hohen Zinsforderungen fast vollkommen versperrt ist, können sie aber von ihren Mitgliedern unmöglich solche Summen an Baukostenzuschüssen und tausenden Meilen fordern, wie es den privaten Bauherren möglich ist. Es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß weder Privatbauunternehmer noch Baugenossenschaften ihre neuen Wohnungen loswerden können, weil

Der Markt der zahlungsunfähigen Wohnungsuchenden leer

ist. Daß das keine Lösung der Wohnungsnot ist, liegt klar auf der Hand. Die Baugenossenschaften fordern deshalb in erster Linie eine Bevorzugung dergestalt, daß die Baukostenzuschüsse aus der Hauszinssteuer, die jetzt 50 Proz. der Baukosten betragen, so erhöht werden, daß es ihnen möglich ist, die Wohnungen auch an wirklich Bedürftige abzugeben. — In der Diskussion wurde von allen Rednern der Wunsch über die jetzige Wohnungspolitik der Behörden recht froh zum Ausdruck gebracht. Dem Berliner Bau- und Sparverein ist es beispielsweise nicht möglich, eine Einzimmerwohnung unter 80 M. Mietspreis pro Monat herzustellen. Für eine Zweizimmerwohnung muß über 100 M. gefordert werden. Unter diesen Umständen gehen die gemeinnützigen Absichten und Bestrebungen der Baugenossenschaften vollkommen verloren. Auch bei ihnen kann nur derjenige eine Wohnung bekommen, der das Geld dazu hat. Die Vertreter

der einzelnen Genossenschaften erklärten übereinstimmend, daß ein solcher Zustand unter keinen Umständen weiter gebuldet werden darf, daß nicht der Wohnungsbau im kommenden Jahre vollkommen zusammenbrechen. Die Versammlung wählte schließlich eine dreigliedrige Kommission, der die bekanntesten Vertreter der gemeinnützigen Baugenossenschaften angehören, die bei den Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden in letzter Stunde ihre Wohnungen erhalten sollen. Der Versammlung wohnten Vertreter vieler Behörden und der Parlamente bei.

Wir sind der Ansicht, daß für das Verhalten der Behörden bei der Zuweisung der Baukostenzuschüsse ihre grundsätzliche Abneigung gegen eine gemeinnützige Wohnungs- und Bauwirtschaft maßgebend ist. Selbst wenn in den höchsten Stellen die erforderliche Einsicht vorhanden ist, wird aber doch durch die Sabotage der untergeordneten Organe die gute Absicht in das Gegenteil verkehrt. Eine gesunde Wohnungspolitik ist gleichbedeutend mit einer gesunden Bevölkerungspolitik. Deutschland hat beides sehr nötig.

Von der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie e. G. m. b. H.“ wird uns geschrieben: Mit Interesse haben wir die Ausführungen „Denk an die Schwerbeschädigten“ in Nummer 33 gelesen. Die gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“ hat sich auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung gegründet, da es bisher nicht möglich war, daß ein kinderreicher Familienvater für seine Familie ein den Bedürfnissen entsprechendes Eigenheim bauen konnte. Aus diesem Grunde hatte sich die Genossenschaft an den Landtag gewandt, um eine Forderung der Richtlinien der Hauszinssteuerhypothek zugunsten der in der Reichsverfassung Artikel 153 verankerten Gruppen von Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und kinderreichen Familien zu erlangen. Ein solcher Antrag stand am 18. und 20. Oktober 1924 im Preussischen Landtag zur Beratung. Die Abstimmung verlief aber durch die Aufstellung des Landtages. — Im neuen Parlament ist der Antrag wiederum von der gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“ gestellt worden. Die Genossenschaft hofft, daß in Anbetracht der unsozialen Lage der kinderreichen Familien, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dieser Antrag einstimmig angenommen wird. Die genannte Genossenschaft bittet ferner, alle kinderreichen Familien mit vier und mehr Kindern, alle gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften, die Mitglieder obiger, in der Reichsverfassung Artikel 153 verankerten Gruppen führen, sich mit ihr in Verbindung zu setzen. Zuschriften sind zu richten an die gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“, Berlin R. 4. Chausseestr. 1. Fernsprecher: Norden 6916.

Großfeuer in Altona.

Ein Großfeuer, das erhebliche Werte zerstörte, hat gestern Abend die Altonaer Futtermittelfabrik von Harnemann heimgesucht. Das Feuer entstand aus bisher unbekannter Ursache in der Hackelschneiderei der Strohpresse. Die mit allen verfügbaren Mannschaften erscheinende Feuerwehr stand einem Flammenmeer gegenüber. Zur Bekämpfung der immer neu aufwachsenden Brandherde wurden 20 Rohleitungen angelegt. Mit großem Geschwindigkeit wurden in kurzen Zwischenräumen das Fachwerk des Hackelwerks zusammen, 20 Meter hohe Feuergerüste zum weichen geröteten Himmel entzündend. Eine riesige Schmelzmenge umflaute die von der Schutzpolizei abgesperrte Brandstätte. Erst in später Abendstunde konnten die ersten Aufräumarbeiten in Angriff genommen werden.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung morgen Donnerstag steht neben einer Reihe Vorlagen und Anträge, die aus den Ausschüssen zurückkommen und dem Plenum zur Beschlußfassung vorliegen werden, auch eine Vorlage betreffend die Wiederbesetzung der Stadtschulratsstelle, die seit dem Abbau unseres Genossen Paulsen unbesetzt ist.

Aushebung einer Falschmünze. Falsches Silbergeld.

Der Kriminalpolizei ist es gestern gelungen, eine Falschmünzwerkstatt im Hause Landwehrstr. 5/6 auszuheben und das gesamte vorgefundene Material zu beschlagnahmen.

Schon längere Zeit wurde ein Mann beobachtet, der an verschiedenen Stellen der Stadt in kleineren Geschäften usw. falsche silberne Einrentenmarkstücke in Zahlung gab. Beamte der Falschgeldabteilung beobachteten ihn und stellten fest, daß es sich um den 59 Jahre alten Mechaniker Karl Humboldt handelte. Ueberraschend fielen sie gestern nachmittags in dessen Wohnung in der Landwehrstr. 5/6 ein. Nach kurzer Durchsuchung fand man schon das ganze Material, Ziegel, Gipsabgüsse usw., alles, was zur Herstellung von falschen Dreimark- und Einmarkstücken dienen konnte, vor. Ebenso wurde falsches fertiges Silbergeld bei ihm vorgefunden. Das Falschgeld ist im großen und ganzen dem Falscher ziemlich gut gelungen. Kennlich ist es nur an dem Rande, der, wie ja bekannt, den Falschern die meisten Schwierigkeiten bereitet. Am Rande der Falschstücke fehlen nämlich die bei den echten Geldstücken vorhandenen kleinen Zwiinge und Täufchen. Humboldt, der bereits vor 33 Jahren einmal wegen Münzverbrechens bestraft worden ist, seit Verbüßung jener Strafe aber ehrlich gearbeitet hat, will zu dem jetzigen Schritt durch Arbeitslosigkeit und Geschäftszusammenbruch getrieben worden sein. Er wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Neuer Schlafwagentyp der Mitropa.

Die Mitropa (Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaft) zeigte kürzlich auf dem Potsdamer Bahnhof einen von der Firma Wegmann in Kassel erbauten neuen Schlafwagen, der vier Reisenden 1. Klasse und 14 der 2. Klasse Einzelabteile bietet. Die Unannehmlichkeit, mit anderen Schlafgästen gemeinsam ein Abteil benutzen zu müssen, fällt bei den neuen Wagen fort. Von einem die Längsachse des Wagens durchlaufenden Gang aus gehen rechts und links die Abteile ab, die jeden Komfort bieten. In der 2. Klasse befinden sich neben dem Tagesstuhlgang hochklappbare Stühle, die zu dem höher gelegenen Bett führen. Die Vordersitze sind unter der Decke des Wagens, über dem Gang und quer zu ihm angeordnet; es wird dadurch viel Raum erspart und das lästige Umbauen der Betten vor und nach der Benutzung wird vermieden. Die Betten der 1. Klasse befinden sich in normaler Höhe, sie werden durch einfaches Ausziehen des Tagesstuhls hergestellt. Jedes Abteil hat Waschgelegenheit, Warmwasserheizung und elektrische Beleuchtung. Der Wagen ist ganz aus Eisen erbaut und hat eine Länge von 23,5 Meter.

Von einer Havelbrücke bei Caputh.

Der Anschlag des Reiches Paus-Bezirk hat für den Bau einer Havelbrücke Caputh-Wellow 50.000 Mk. als vorläufigen Kostenschätz bewilligt. Die Brücke soll im Zuge des jetzigen Fahrweges errichtet werden. Dadurch wird nicht nur eine Verbindung zwischen Caputh und Wellow geschaffen, sondern auch eine neue wichtige Verkehrsstraße, die die Kreise Paus-Bezirk und Diepholde verbindet.

Winter im Thüringer Wald. Aus dem Ferienheim Stutenhaus (Thüringer Wald, 750 Meter hoch) wird uns geschrieben: Endlich hat sich das Winterwetter gebessert und der Winter sport kann nun, wenn auch spät, beginnen. In den letzten Tagen, vor allem aber am Sonntag, gingen reiche Schneefälle nieder, so daß der Schnee durchschnittlich 30 Zentimeter Höhe erreicht hat bei 3 bis 4 Grad Kälte. Bei nordöstlichen Winden hält leichter Schneefall auch weiter an. Starke Raubreifbildungen geben dem Wald einen märchenhaften Anblick. — In den nächsten Wochen finden Kurse im Schneeschuhlaufen statt, an denen sich Winterportler kostenlos beteiligen können. Zuschriften sind zu richten an das Ferienheim Stutenhaus, Kreis Schleusingen (Thüringer Wald).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaftsliste: Berlin S. 14. Schallstraße 238. Hof 2. Er. Kameradschaft Kreuzberg, Alt. 5/6. Oh. Prinz, Wilmshof, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Schillerstr. 2. Er. Kameradschaft Kreuzberg, Drenthstr. den 5. abends 7.30. 30. Berliner Arbeiter- und Gewerkschaften.

Sport.

Brandenburgische Meisterschaften im Bogen. Die Entscheidungskämpfe um die Brandenburgischen Bogenmeisterschaften wurden gestern abend im Sportplatz ausgetragen. Im Papiergewicht wurde der ausgezeichnete Herosmann Klemm über Weidner (Weihensee) durch einen guten Punktflug seiner Klasse. Ebenso errang Siglar (Alt-Weidling) im Regengewicht den Punktflug über Waster (Weihen) und somit den Titel. Neuer Meister im Baumengewicht wurde der ringerfahrene Volkmar (Heros) über Aust (Wojung-Club) nach Punkten. Im Federgewicht konnte Werner (Weihen) durch gute Arbeit mit einem Punktflug über Hardt (Heros) den Titel für sich erkämpfen. Der Kampf der Reibengewichte war völlig ausgeglichen, erst zwei Zusatzrunden verhalfen dem ausgezeichnet arbeitenden Thorun (Weihen) zum Titel über Stöhr (Heros) nach Punkten. Im Weltengewicht standen sich zwei Herosleute gegenüber, Pabst und Schröder. Der Kampf, der viel zu versprochen schien, wurde bereits in der ersten Runde gestoppt wegen Unvorsichtigkeit von Pabst, damit kam Schröder ohne allzu große Mühe zum Titel. Einen recht interessanten Kampf gab es im Mittelgewicht; hier trat Hoffmann (Weihensee) als jahrelanger Anwärter auf den Titel auf Bogni (Tasdorf). Auch hier mußte erst eine Zusatzrunde nach schönem Kampf Hoffmann zum Punktflug verhelfen. Im Halbschwergewicht schlug Rispel (Heros) seinen Klubkameraden Gimpel sehr überlegen nach Punkten. Das Schwergewicht vereinigten den Taubstummen Knöpfadel (Brandenburg) und Carls (Pflaria), hier siegte Knöpfadel technisch gut nach Punkten. Der Sieg Knöpfadels ist insofern beachtenswert als es dem Taubstummen gelang, sich ausgezeichnet im Ring zu bewegen. Die Kämpfe gegen die Holländer fielen aus, da diese wegen Pflanzschwierigkeiten an der Einreise verhindert waren. Besuch und Sport waren gut.

Gewerkschaftsbewegung

Die Prüfung der Arbeitseignung.

Für die Einstellung der Lehrlinge in einen Beruf oder in einen bestimmten Betrieb waren früher bestimmend das Schulzeugnis, der Wille der Eltern, die oberflächliche Beurteilung des Aufnahmefähigen durch den Unternehmer oder seinen Stellvertreter. Ob der Prüfling sich für den von den Eltern gewählten Beruf eigne, ob er auch seinen eigenen Wünschen entsprach, wurde entweder gar nicht oder nur nebenher festgestellt. Seitdem die Industrie das Handwerk verdrängt hat, kamen aber immer mehr Arbeitskräfte zur Einstellung, die nur „Hände“ zu sein brauchten; nach dem Schulzeugnis wurde nicht mehr gefragt, eine eigentliche Lehrzeit war nicht durchzumachen. Der Typ des ungelerten Arbeiters, des „Fabrikarbeiters“, des „Handlangers“ war damit geschaffen, der an keinen bestimmten Beruf gebunden war, wenn er nicht durch Gewöhnung oder Anlernung in einem bestimmten Gewerbegebiet blieb. Die Ausdehnung des Maschinenwesens hat die Zahl der ungelerten oder nur angeleserten Arbeiter außerordentlich vermehrt. Je mehr aber die Industrie Verfeinerungsindustrie wird, desto größere Bedeutung gewinnt wieder die Heranbildung eines ordnungsgemäß ausgebildeten Nachwuchses. Nunmehr genügt bei der Auswahl der Lehrlinge nicht mehr das erfahrene Auge des Unternehmers oder Betriebsleiters, der junge Arbeiter muß auf seine Eignung nach wissenschaftlich-technischen Grundfragen geprüft, er muß auf seine Fähigkeiten untersucht werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat kürzlich in Verbindung mit dem preussischen Wohlfahrtsministerium in Berlin eine Konferenz abgehalten, in der den an dieser Frage besonders interessierten Behörden und Organisationen ein Ueberblick über Theorie und Praxis der Berufseignungsprüfung gegeben wurde. Nach mehreren Vorträgen konnte eine entsprechende Einrichtung in einem Berliner Großbetrieb beschafft werden. Die wissenschaftliche Grundlage für die Arbeitseignungsprüfungen bildet die Psychologie, das ist die Wissenschaft, die sich mit der Erforschung der inneren, seelischen Erscheinungen beschäftigt. In der experimentellen Psychologie werden die äußeren Ausdrucksformen der seelischen Erscheinungen untersucht, ebenso die Wirkungen, die bestimmte Vorgänge des äußeren Lebens auf sie ausüben. Die Berufseignungsuntersuchungen auf psychologischer Grundlage wird zurzeit nach der von Gewerbehilfsrat Dr. Beile im „Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ gegebenen Formulierung zu zwei ganz verschiedenen Zwecken angewendet:

Die Berufsauslese oder Berufsberatung sucht für eine bestimmte Berufsart eine Anzahl von Personen daraufhin zu prüfen, ob sie zur Erreichung des betreffenden Berufs auch die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. Aus der Konkurrenz der Geprüften erfolgt dann die Auswahl und Annahme der besten.

Die Berufsauslese geht von der Personentunde, der Kenntnisse der Eigenschaften einer Person aus, sie geht voraus, daß von jeder psychischen Eigenschaft bekannt ist, welcher Grad dieser Eigenschaft für den einzelnen Beruf erforderlich ist. Die Personenauslese dagegen geht von der Berufstunde aus und sucht voraus, daß für den in Frage kommenden Beruf bekannt ist, welche Eigenschaften er erfordert, sowie welche Eigenschaften und welche Grade davon für eine gute oder wenigstens ausreichende Berufstätigkeit schädlich oder hinderlich sind.

Die Berufsberatung hat ihre rechtliche Grundlage gefunden im Arbeitsnachweisgesetz vom 22. Juli 1922; am 12. Mai 1923 sind vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung weitere Ausführungsbestimmungen erlassen worden. Auch einige Länder haben im Anschluß daran Verordnungen über die Berufsberatung heraus. Bei den öffentlichen Beratungsstellen steht die psychologische Prüfung noch in den Anfängen. Das Berliner Landesberufsamt hat einen Fachpsychologen zum Leiter, das Landesberufsamt Westfalen und Lippe unterhält eine Abteilung für praktische Psychologie. Sonst gibt für die augenblickliche Stellung der Berufsberatung zur Eignungspsychologie das, was Dr. Langenberg im März 1924 auf der Tagung der Landesberufsämter in Jena ausgeführt hat:

Wir müssen schon zufrieden sein, wenn vielfach die Berufsberatung von einem Mann oder einer Frau ausgeübt wird, die außer dem klaren Blick für das praktische Leben auch genügend pädagogisches Geschick und psychologische Einfühlungsfähigkeit besitzen, um ein junges Menschenkind zu beurteilen. Ihre Menschenkenntnis und Menschenbehandlung werden wohl in den meisten Fällen das Richtige treffen, wenn außer den Angaben der anwesenden Eltern und des Kindes außerdem die Angaben der Schule (Personalbogen) zum Gesamturteil herangezogen werden.

In der von uns erwähnten Konferenz ist vom Staate gefordert worden, daß er für die wissenschaftliche Förderung der Berufseignungsprüfungen mehr als bisher tue. Jetzt wird die Arbeitseignungsprüfung vornehmlich von den industriellen Großbetrieben ausgeführt, die in der Regel einen psychologisch besonders vorgebildeten Ingenieur mit der Einstellung der Lehrlinge und Arbeiter betrauen. Vor einigen Jahren schon hat sich Dr. Hildegard Sachs gegen die Einzelunternehmer als Träger der Eignungspsychologie gewandt, weil deren privatwirtschaftliche Einstellung folgende Nachteile ergeben müßte:

1. Vermehrte Arbeiterausschließung. Die kleineren Betriebe können die Ausgeschlossenen in eigenen Betriebe nicht unterbringen.
2. Die Arbeitssuchenden müssen viel Zeit und Kraft vergeuden durch Werbungswege vor der Einstellung.
3. Doppelarbeit in der Forschung kann nicht vermieden werden, da der Unternehmer seine Ergebnisse der Konkurrenz vorenthält.

4. Psychologen (Wertmesser u. dergl.) leisten wissenschaftliche ansehnliche Prüfungsarbeit.

Auf der Berliner Konferenz wurde über die Zerstückelung und Eigenbrödelerei auf diesem Gebiete geklagt. Das System weise noch viele Lücken und Mängel auf, aber nach der ersten Ueberprüfung, besonders nach Ausschleibung des Dilettantismus, seien doch günstige Ergebnisse bei der Eignungsprüfung erzielt worden. Für die Art der von den Großbetrieben vorgenommenen Prüfungen einige Beispiele. Bei Linke-Hofmann-Lauchhammer (Breslau) gliedert sich die Prüfung in eine schriftliche und in Prüfungen an Apparaten und Versuchsanordnungen.

1. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf Auffassung und Wiedergabe des Inhalts eines vorgelesenen Berichtes, eines Märchens oder auf Abfassung eines Aufsatzes, aus dem Verstandesbildung und die moralischen Qualitäten des Prüflings festgestellt werden können. Ferner erstreckt sich die Prüfung auf Lösen von einfachen Rechnungsaufgaben, Feststellung des Gedächtnisses für Zahl, Wort und Figur.

2. An Apparaten werden geprüft die Raumvorstellung, der Tastsinn, die Handfertigkeit, die Geschicklichkeit, das Augenmaß und die Reaktionsfähigkeit.

Bei Sorlig in Berlin werden dem Prüfling eine Reihe von Aufgaben vorgelegt: Inhaltsangabe eines Textes, einfache Bruchrechnungsaufgaben, Figurenerkennung, ein Bild zur Feststellung des technischen Verständnisses, Rad mit Hemmvorrichtungen, Holzmodellbestimmung, Ausfüllung von Stücken bei einem Teilmodell, Drahtbiegen, Einziehen einer Feder, Augenmaß für die Feststellung eines rechten Winkels. Bei der Reichseisenbahn wird besonderer Wert auf die allgemeine Intelligenz, auf Auffassung und Gedächtnis gelegt. Für das technische Verständnis wird ein Rangiertableau mit verdeckten und ungedeckten Stellwerttafeln vorgelegt. Außerdem werden die Prüflinge noch vom Bohrer auf ihre körperliche Tauglichkeit untersucht.

Wenn auch vom Standpunkte der Arbeiterschaft die Berufseignungsprüfung gefördert werden muß, so sind doch die Bedenken gerechtfertigt, die Hildegard Sachs gegen die Ueberlassung an die Privatwirtschaft geäußert hat. Es muß dahin gestrebt werden, daß die Eignungsprüfung mit der Berufsberatungsstelle verbunden wird. Wenn das an kleineren Orten nicht ohne weiteres durchführbar ist, so ist doch der Eignungspsychologischen Vorbildung der Berufsberater größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ferner müssen die Hochschulen in die Lage versetzt werden, diesen Wissenschaftszweig besonders zu pflegen. Berufsberatung und Eignungsprüfung werden aber immer nur Stückwerk bleiben, wenn sie nicht in enger Verbindung mit den Gewerkschaften stehen. Mit gutem Recht hat der Rührberger Gewerkschaftskongress im Jahre 1919 die Einsetzung von Zentralstellen zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse gefordert, die paritätisch zusammengesetzt werden sollten. Mit der Berufsberatung, so wurde von den Gewerkschaften weiter gefordert, müsse eine Prüfung der Eignung verbunden sein; für jeden Beruf seien gemeinsam mit den dafür geeigneten Männern der Wissenschaft Werkblätter anzufertigen, die die Eigenschaften nachweisen, die für den Beruf nötig sind, und ebenfalls die Eigenschaften, die vom Ergreifen des Berufs abraten.“

Eugen Prager.

Sie betwilligen keinen Pfennig.

Halle, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Verhandlungen der dem Schlichtungsausschuß Halle über eine Lohnerhöhung in der Metallindustrie für die Tarifgebiete Halle, Anhalt, Magdeburg scheiterten, so daß ein Schiedspruch gefällt wurde. Dieser sieht vor, daß der Lohn aller Arbeiter über 18 Jahre um 3 Pf. der unter 18 Jahre um 1 Pf. erhöht wird. Die Arbeitern in den Tarifgebieten Halle und Anhalt erhalten die gleiche Erhöhung. Die Metallindustriellen haben aber sogar dieser geringfügigen Lohnerhöhung ihre Zustimmung verweigert.

Lohnbewegung der englischen Eisenbahner.

London, 8. Februar. (B.P.) Die Vertreter der britischen Eisenbahngesellschaften haben die neuen Lohnforderungen der nationalen Union der Eisenbahner abgelehnt und ihrerseits Gegenforderungen zu einer Herabsetzung der Löhne gemacht. Der Generalsekretär der Union, Crompt, gab der Meinung Ausdruck, daß diese Forderung zu sehr schwierigen Wirren führen werde.

Erhöhung der Beamtengehälter in Italien.

Rom, 8. Februar. (Z.) Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung für Beamte und Volksschullehrer ab 1. April eine Teuerungszulage genehmigt, die zwischen der sechsfachen Verteuerung der Lebensmittel und der nur fünffachen Erhöhung der Gehälter ausfallen soll. Die Verteilung nach den einzelnen Beamtengruppen ist noch nicht festgelegt.

Die Einheitsfrontmacher in Italien.

Rom, 4. Februar. (B.P.) Die Leitung des italienischen Gewerkschaftsbundes, der Confederazione Generale del lavoro in Mailand hat heute beschlossen, daß die vor einigen Tagen dortselbst von den kommunistischen Vertretern der Arbeitern von Triest und Treviso, sowie der ganzen Gewerkschaftsgemeinschaft eingebrachte Resolution gegen die Leitung die Grenzen der Kritik überschritten habe und eine Befehligung und Verleumdung darstelle, und daß dadurch die proletarische Einheit verletzt wurde. Demgemäß wurden die genannten drei Vertreter von der Confederazione ausgeschlossen. Gegen alle Organisationen, welche sich mit ihnen solidarisch erklärten, wurde dieselbe Maßnahme angedroht.

Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe Fuhrer. Der Bau des städtischen Krankenhauses in Spandau ist wegen Tarifstreitigkeiten für Fuhrer gesperrt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Gahrman; Konfession: A. S. Schäfer; Sozialer und Sozialer: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Meier; Simult in Berlin. Verlag: Sowjet-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Sowjet-Verlag Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Handarbeiter
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1195
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Strumpfwaren u. Trikotagen

a Qualitätsware, große Auswahl zu bill. ste. reisen, kauf n. Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
a. d. Weichselstraße
Vorzugler dieses Inserats 5% Rabatt.

Fritz Röniggen

Kaufmann, Reichensackerstr. 53
Die billige Lagerqualität
Licht-Meißel
Licht-Meißel
Licht-Meißel
Licht-Meißel

2. Geschäft: Anzengraber-Straße 37

Zähne 1 u. 2 Teilzahlung

verstatet b. 1. Anzahl u. wöchentlich Abzahl. ung. für 10.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. rsatz kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 3 G.-M. an. Zahn mit Reißz 10.-M. b. Besteile von Gebissen große Zah. und Munduntersuchung gratis 1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 2000 Gebisse zu vollsten Zufriedenheit geliefert.

Halvami, Danziger Straße 1, Ecke Schönhauser Allee.
Vorzugler 10% Rabatt.

Speisezimmer

Gelegenheits-Angebot!

Echt Eiche

komplett mit Tisch

und 6 Stühlen von

Mark 375 an.

NEUGEBAUER

Charlottenburg

Wilmersdorfer Straße 128, Ecke Schillerstr., Eling Schillerstr.

Kelo Laden

Weiße Woche

vom 2. bis 7. Februar.

Baumwolltuch	Mtr. 75, 62	55 Pl.	Prima (130/200)	2.75
Rentfort	Mtr. 80, 73	68 Pl.	Nessel (140/200)	3.25
Macco	Mtr. 1.10, 93	80 Pl.	130 2/0 ohne Naht	5.50
Louisiana	80 cm		Nissenbezug	50.80
Louisiana	Mtr. 1.10, 95	85 Pl.	Gerstena Korn	Mtr. 65, 48 Pl.
Louisiana	120 cm		Dreiländertuch	Mtr. 85, 75 Pl.
Hassel	Mtr. 1.10, 95	85 Pl.	Jaquardtuch	48.10
	2.-	1.80		1.20
	1.10, 95	85 Pl.		
	70, 62	40 Pl.		

Ella Dehmel, Neukölln

Nähe Richardpl. Niemetzstraße 9 Telefon 469

Zähne

gegen günstige Zahlungsbedingungen

sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung

Zahn-Arzt Dr. med. Wolf, Potsdamer Str. 55

Sprechst. 9-7, Sonnt. 9-12 — 1. Kl. Hochb. Bölowstr.

Abreißkalender 1925

Der in Tischnad berechnete Kalender (1. bis in frier. Januar und in fernem März)!

Preis 2 Mk.

Zu haben in der Buchhandlung S. H. D. S. und in der Buchhandlung des Verlags.

Viel Spaß bei der Benutzung!

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.

Verlag: S. H. D. S. Berlin, Unter den Eichen 10.